

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 31 (1952)
Heft: 7

Artikel: Das Problem der Gewalt
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336651>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

allem, weil es trotz äußerster Konzentration in schier epischer Breite zeigt, wie dieses Zusammenspiel von Interesse und Idee im einzelnen aussieht. Hallgarten endet mit dem Wunsch, daß die von ihm gehandhabten Methoden der Geschichtschreibung bald auch auf die Periode zwischen den beiden Weltkriegen Anwendung finden mögen, ein Wunsch, dem wir uns nur anschließen können.

J. W. BRÜGEL

Das Problem der Gewalt

Wie auch immer jener Teil der bürgerlichen Presse die Dinge dreht und deutelt, der den Idealen der Ewiggestrigen dient und Röpkesche Wunschträume — jenseits der Frage, ob es wünschenswert wäre, sie zu verwirklichen — als verwirklichbar ausgibt, das Faktum läßt sich nicht ableugnen, daß die geistige Auseinandersetzung in der Welt nicht mehr um die Frage «Kapitalismus oder Sozialismus» geht (wir sprechen von der *geistigen* und nicht von der *machtpolitischen* Auseinandersetzung). Der Kapitalismus ist moralisch und geistig diskreditiert; in den meisten Ländern können bürgerliche Parteien sich nur dadurch am Leben erhalten, daß sie die kapitalistischen Grundlagen ihrer Politik nicht nur nicht unterstreichen, sondern glattweg verleugnen. Der Kapitalismus mag noch über diese oder jene Machtposition verfügen, die *geistige* Auseinandersetzung hat der Sozialismus bereits gewonnen, da es kaum jemand noch wagt, den Primat der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit zu bestreiten. Die Auseinandersetzung geht nur noch um den *Weg*: Kann man soziale Gerechtigkeit in der Welt verwirklichen, wenn man zugleich die elementarsten Menschenrechte mit Füßen tritt? Mit andern Worten: Soll, darf und kann der Sozialismus Wirklichkeit werden durch Gewaltanwendung?

Hier liegt das eigentliche Streitproblem unserer Zeit. Es in allen Aspekten zu studieren, immer wieder an Hand der neuen und neuesten Erfahrungen das Pro gegen das Kontra abzuwägen (jajwohl, Pro und Kontra, denn nichts auf der Welt ist hundertprozentig schwarz oder hundertprozentig weiß), das ist die Pflicht des denkenden Sozialisten. In seinem hier schon kurz besprochenen Buch «*Demokratischer Sozialismus*» steuert Hugo Jordi¹ zur Diskussion über das Problem der Gewaltanwendung einige bemerkenswerte Gedanken bei. Er verfällt allerdings einem verbreiteten Irrtum, wenn er der Meinung Ausdruck gibt, daß das *Linzer Programm* der österreichischen Sozialdemokratie die Formulierung enthielt: «Demokratisch, solange wir

¹ Hugo Jordi: «Demokratischer Sozialismus», Europa-Verlag, Zürich 1952.

können; diktatorisch, sobald man uns zwingt.» Das steht nicht in dem Programm, und darum kann auch Jordis Interpretation dieses Satzes «Das hieß so viel, daß man im gegebenen Falle gewillt sei, zur revolutionären bewaffneten Aktion zu schreiten und selbst vor der Errichtung der Diktatur nicht zurückzuschrecken» den wahren Sachverhalt nicht richtig widerspiegeln.

Als die österreichischen Sozialdemokraten 1926 daran gingen, sich ein neues Parteiprogramm zu geben, das das Wiener Programm des Jahres 1901 ersetzen sollte, standen sie unter dem Eindruck der blutigen Niederwerfung der italienischen Arbeiterklasse durch den Faschismus. In Österreich selbst rüsteten die faschistischen Heimwehren offen und ungescheut, ungehindert und vielfach unterstützt vom christlich-sozialen Regime, zu einem Putsch gegen Demokratie, Republik und Arbeiterbewegung. Es war nur natürlich, daß diese Situation in dem neuen Programm ihren Niederschlag fand. Es gipfelte in einem Bekenntnis zur Demokratie und zu demokratischen Methoden, aber es bekundete zugleich die Entschlossenheit der Arbeiterklasse, die Demokratie gegen einen eventuellen bewaffneten Angriff auch mit physischer Gewalt zu verteidigen. Von einem diktatorischen Vorgehen, der Errichtung einer Diktatur selbst auf Grund einer faschistischen Provokation war nie die Rede. Wer die Dinge, bereichert um die Erfahrungen der letzten 25 Jahre, heute nachliest, wird in diesem Punkt des Linzer Programms kaum mehr als die Feststellung einer Selbstverständlichkeit finden. Trotzdem ist es wert, festgehalten zu werden, daß selbst dieser Hinweis auf eine Eventualität, die leider Wirklichkeit wurde, der österreichischen Partei nicht leicht fiel. Es hat kein Kokettieren mit dem Gedanken der Gewaltanwendung gegeben! Otto Bauer, der Hauptautor des Linzer Programmes, den Böswilligkeit oder Dummheit so gerne als «Gewaltapostel» denunziert hatten, hat auf dem Linzer Parteitag dazu einige Worte gesagt, die Jacques Hannak² kürzlich der unverdienten Vergessenheit entrissen hat:

«*Wer zur Gewalt greift, ist der Gefangene der Gewalt.* Wir haben es erlebt: aus der gewaltsamen Entscheidung kann niemals ein anderes Regime hervorgehen als die Gewaltherrschaft, weil der Bürgerkrieg selbst, der Ströme von Blut vergießt, so viel Haß, so viel Wut, so viel Leidenschaft erzeugt, daß der Sieger die Besiegten auf lange Zeit nur mit Gewalt niederhalten kann. Aber was es heißt, die unbeschränkte Gewalt einigen wenigen Menschen in die Hand zu geben, erleben wir jetzt in *Rußland*. Man beginnt, die Pressefreiheit zu konfiszieren für die Bourgeoisie und endet damit, daß, wenn Trotzki und Sinowjew zu den russischen Arbeitern sprechen wollen, sie nur in illegalen Broschüren sprechen können. Man beginnt, die Versammlungsfreiheit aufzuheben für die Bourgeoisie und endet damit, daß die alte Garde Lenins ihre Versammlungen nur noch zur Nachtzeit im Walde abhalten kann. Man beginnt damit, die Gewalt aufzurichten gegen die Bourgeoisie und endet damit, daß eine Handvoll Leute eine so unbeschränkte Gewalt in der Hand hat, daß das Proletariat selbst seine Meinung nur so weit äußern kann, als diese Handvoll Leute es erlaubt, wobei sich selbstverständlich immer wieder die alte Erfahrung wiederholt, daß *es keine furchtbarere Versucherin gibt als die unbeschränkte Gewalt.*»

² Jacques Hannak: «Drei Marksteine — Die Zukunft», Wien, November 1951.

Die österreichischen Sozialisten haben dann auch den heroischen Versuch unternommen, sich einem faschistischen Angriff auf Demokratie und Verfassung entgegenzuwerfen. Selbst unter dem Druck der faschistischen Provokation haben sie nicht mit dem Gedanken der «Aufrichtung der Diktatur» gespielt, sondern nur die Verteidigung der (schon stark durchlöcher-ten) Grundlagen des demokratischen Staates im Auge gehabt. In dem ungleichen Kampf, in dem sie die demokratische Welt im Stich ließ, mußten sie unterliegen. Unter dem lähmenden Eindruck der Februarkatastrophe machte sich in ihren Reihen zunächst eine Reaktion geltend, die zwischen Enttäuschung über die Demokratie und Zweifeln über die Möglichkeit schwankte, auf demokratischem Wege zum Ziel zu gelangen. Diese Stimmung war bald überwunden, und die Kriegs- sowie insbesondere die Nachkriegserfahrungen haben dort das Vertrauen in die Demokratie nur noch zu verstärken vermocht. Aber neben der psychologisch begreiflichen Reaktion des über die Niederlage verzweifelten Schutzbündlers gab es noch eine andere: der achtzigjährige Karl *Kautsky* schrieb damals eine inzwischen leider verschollene Broschüre³, in der er sich über die Möglichkeiten der Arbeiterbewegung, auch zu defensiven Zwecken zur Gewaltanwendung zu greifen, äußerst skeptisch aussprach.

Ein rückschauender Betrachter muß natürlich sagen, daß eine Wiederaufnahme der Diskussion heute rein akademischen Wert hätte, weil die demokratische Arbeiterbewegung jetzt vor ganz andern Problemen steht als vor der Gefahr, daß eine militante Formation innerhalb des Bürgertums die Demokratie stürzen könnte. Sollte sich eine solche Situation wieder einmal ergeben, dann wird sie sich unter gegenüber früher völlig veränderten Bedingungen entwickeln, und es wäre daher müßig, einer solchen Eventualität ohne Kenntnis der äußeren Umstände heute schon ideologisch begegnen zu wollen. Aber gewisse Erkenntnisse haben zeitlose Gültigkeit, und zu denen gehört Hugo Jordis Auffassung — soweit sich der Verfasser dieser Bemerkungen erinnern kann, deckt sie sich mit der von Kautsky in der erwähnten Broschüre ausgesprochenen Ansicht, daß die demokratische Arbeiterbewegung ihrer ganzen Natur nach zu einem militärischen Einsatz gegen einen im Faschisierungsprozeß befindlichen Staatsapparat nicht geeignet ist. «Die Abwehr», sagt er mit Recht, «kann nicht erst im letzten Augenblick mit den Waffen in der Hand beginnen... Die Versuchung der Volksmassen mit faschistischen, chauvinistischen und antisemitischen Parolen kann nur aufgehalten werden, wenn die Arbeiterorganisationen in Verbindung mit allen aufrichtig demokratischen Schichten des Bürgertums es fertigbringen, tiefgreifende soziale Reformen zu realisieren und die arbeitslosen Lohnverdiener

³ «Grenzen der Gewalt», Graphia-Verlag, Karlsbad 1934. Die Broschüre mußte anonym erscheinen, da Kautsky unter dem Dollfuß-Regime in Wien lebte. Es entbehrt nicht der Ironie, daß sie nur deshalb erscheinen konnte, weil Zdenek *Fierlinger*, damals tschechoslowakischer Gesandter in Wien, das Manuskript persönlich nach Prag brachte.

und mit Bankrott bedrohten Kleinbürger vor den Gefahren und Nöten der Wirtschaftskrise zu bewahren.»

So richtig das ist, ist *das* die Zauberformel, die *allen* Eventualitäten gerecht wird? Die natürliche Reaktion auf all das grauenhafte Unrecht, das heute unter verlogener Berufung auf den Sozialismus begangen wird, ist ein stärkeres Besinnen auf die sittlichen Werte, die immer und überall die Triebfeder der demokratischen Arbeiterbewegung gewesen sind. Viele Sozialisten mögen heute mit einer Auffassung sympathisieren, die der englische Denker Edmund *Burke* einmal mit den Worten umschrieben hat: «Wenn ich eine Reform nicht haben kann, ohne daß dabei Unrecht begangen wird, dann verzichte ich auf die Reform.» Die Formel klingt bestechend, hält aber einer Nachprüfung kaum stand, denn im Verzicht auf eine überfällige Reform liegt vielleicht die Erhaltung von mehr schreiendem Unrecht als durch ihre Durchführung verübt werden würde. In einer Welt, in der es keine absoluten Werte gibt, kann man sich kaum jemals eindeutig für absolutes Recht gegen offenkundiges Unrecht entscheiden. Meist wird man nachprüfen müssen, ob durch einen bestimmten Schritt mehr Unrecht ausgemerzt als neues geschaffen wird, und wird danach seine moralisch vertretbare Entscheidung fällen müssen. Nur wenn die sozialistische Politik dem — an sich selbstverständlichen — Bekenntnis zu konsequent demokratischen Methoden mit der *gleichen Betonung* das Bekenntnis der Entschlossenheit beifügt, *tiefgreifende soziale Reformen* zu verwirklichen, kann sie ihre historische Mission erfüllen.

EUGEN STEINEMANN

Arbeiterbildung in Deutschland

Das Chaos, das nach dem Zusammenbruch von 1933 bis 1945 in Deutschland bestand, hat große Möglichkeiten in allen sozialen Bereichen zum Guten und zum Schlechten aufgetan, wie sie in wenigen andern Ländern bestehen. Leider haben die Jahre seit 1945 vor allem die schlimmen Möglichkeiten verstärkt, und heute muß man von Deutschland bereits wieder als von einem rauchenden Vulkan sprechen, der eines Tages, alles verheerend, ausbrechen kann.

Um so mehr ist zu bewundern, mit welcher Aufopferung und Ausdauer einzelne Kreise und Zellen in Westdeutschland unter den schon fast hoffnungslos gewordenen Bedingungen sich für einen echten demokratischen Neuaufbau einsetzen. Sie haben das Gesetz über die Mitbestimmung im Metall- und Bergbau zustande gebracht, eine der großen positiven Möglichkeiten sozialen Neuaufbaus. Sie haben sich dem bedrückenden Flüchtlingsproblem und der unab-